

**Bayerische SPD-Landesgruppe
Pressestelle**

**Gute-Arbeit-Newsletter Nr. 10
20. Oktober 2008**

1. Erbschaftsteuer – CSU kämpft für Millionäre am Starnberger See

Die CSU blockiert die Reform der Erbschaftssteuer. Kaum steht Horst Seehofer an der CSU-Spitze, will er sie scheitern lassen. Seehofer redet sozial und kämpft für die Millionäre am Starnberger See: Er würde auf 800 Millionen Euro verzichten, die Bayern aus der Erbschaftssteuer einnehmen und in Bildung, Kinderbetreuung und Infrastruktur stecken könnte.

Dabei hat die CSU den Reform-Vorschlag mit ausgehandelt. Sie saß mit am Tisch, als sich das Bundeskabinett im Dezember 2007 darauf geeinigt hatte, einerseits die Freibeträge für Ehepartner/innen, Kinder und Enkel zu erhöhen, andererseits die Bemessungsgrundlage beim Vererben von Grundstücken und Betriebsvermögen hochzusetzen. Das Ziel: Omas Häuschen bleibt steuerfrei. Aber wer Omas Villa erbt, wird Steuern zahlen müssen.

Wir kämpfen für eine Erbschaftssteuer, die die kleinen Vermögen schont. Die Erben aber, die ein mittleres und großes Vermögen erben, sollen herangezogen werden. Ein weiteres Ziel der SPD: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen bei der Vererbung von Unternehmen abgesichert sein. Das stinkt vielen Unionspolitiker/inn/e/n. Wir haben gefordert, dass ein Großteil der Erbschaftssteuer entfällt, wenn ein Unternehmen 15 Jahre lang nach der Vererbung fortgeführt wird und die Lohnsumme 10 Jahre stabil bleibt. Die Union will die Fristen auf jeweils 10 und 7 Jahre herabsetzen. Hier waren wir kompromissbereit. Allerdings will die CSU immer mehr. Sie will die Reichen schonen und die Reform platzen lassen.

Infos unter

<http://bayernspd.de/news/csu-und-erbschaftsteuer-keine-ahnung-oder-bewusst/>
<http://bayernspd.de/news/pronold-seehofer-zeigt-sein-wahres-gesicht/>

2. Mindestlohn – Gesetzentwürfe in 1. Lesung im Parlament

"Wer von menschlicher Gesellschaft spricht, darf Mindestlöhne nicht hintertreiben! Wir werden Mindestlöhne durchsetzen!", bekräftigte Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede auf dem SPD-Parteitag am 18. Oktober in Berlin.

Endlich ist es soweit. Die beiden Gesetzentwürfe, die die Einführung Mindestlöhnen regeln sollen, wurden am vergangenen Donnerstag im Deutschen Bundestag verhandelt. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und das Mindestarbeitsbedingungengesetz wurden in erster Lesung debattiert. Die beiden Gesetze bieten die Chance, in allen Branchen Mindestlöhne einzuführen. Obwohl sich die Union zu den beiden Gesetzen durchgerungen hat, versuchen einzelne Unions-Politiker/innen, die Einführung von Mindestlöhnen herauszuzögern. Knackpunkt ist die Leiharbeits-Branche: Hier blockiert die Union wo es geht, um die Aufnahme der Leiharbeiter/innen in das Entsendegesetz zu verhindern. Wir kämpfen weiter dafür, dass die Leiharbeits-Branche Mindestlöhne bekommt.

Infos unter

<http://www.spd.de/menu/1759258/>

3. Entlastungen – mehr Kindergeld, mehr Schulgeld, niedrigere Beiträge

Das Bundeskabinett hat Mitte vergangener Woche Entlastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschlossen:

Arbeitslosenversicherung: Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird auf 2,8 Prozent abgesenkt. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) konnte Rücklagen bilden, da es 1,6 Millionen Arbeitslose weniger und 1,6 Millionen Erwerbstätige mehr gibt als vor drei Jahren. Diese "Dividende" wird an die Arbeitnehmer/innen ausgezahlt.

Kindergeld und Kinderfreibetrag: Familien bekommen ab 2009 mehr Kindergeld. Für das erste und zweite Kind steigt der Satz um 10 Euro auf 164 Euro. Für das dritte und jedes weitere Kind bekommen Eltern künftig 16 Euro mehr. Der Kinderfreibetrag bei der Steuer wird um 200 Euro auf 6000 Euro erhöht.

Wohngeld: Das Wohngeld wird von 92 auf 142 Euro vorzeitig erhöht. Davon profitieren Geringverdiener/innen und Rentner/innen rückwirkend vom 1. Oktober an. Die vorgezogene Anhebung gibt es in Form einer Einmalzahlung – Voraussetzung ist, dass für mindestens einen Monat zwischen Oktober 2008 und März 2009 Wohngeld bewilligt wurde. Rund 800 000 Haushalte profitieren, darunter 300 000 Haushalte von Rentnerinnen und Rentnern.

Schulgeld: Ab Januar 2009 gibt es für Kinder und Jugendliche aus Familien, die von Hartz IV oder Sozialhilfe leben, ein Schulgeld. Sie bekommen bis zum Abschluss der 10. Klasse zusätzlich 100 Euro für Schulranzen, Stifte und Hefte.

Haushaltsdienstleistungen: Familien können haushaltsnahe Dienstleistungen wie Kinderbetreuung ab dem kommenden Jahr besser von der Steuer absetzen. Jedes Jahr können Kosten bis zu 4000 Euro von dem Einkommen abgesetzt werden.

Infos unter

<http://www.spd.de/menu/1758479/>

4. Gesundheitsreform – mehr Gerechtigkeit unter den Kassen

Am vergangenen Freitag wurde im Deutschen Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das die Insolvenzfähigkeit der Krankenkassen regelt. Unabhängig von diesem Gesetz hat die Bundesregierung beschlossen, den einheitlichen Beitragssatz für die gesetzlich Krankenversicherten bei 15,5 Prozent festzusetzen. Die Einnahmen werden im Gesundheitsfonds gesammelt, der das Geld an die Kassen verteilt. Dazu benutzt er einen komplexen Schlüssel, der sich aus Grundpauschalen, Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand der Versicherten zusammensetzt. Der Gesundheitsfonds mit seinem Risikostrukturausgleich ist ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit unter den Kassen: Jede Kasse soll genug Geld für die Versorgung ihrer Patientinnen und Patienten haben. Die Kassen, die viele kranke und ältere Patientinnen und Patienten haben, profitieren von dem Ausgleich, den der Fonds mit sich bringt.

Weitere Infos unter

<http://bayernspd.de/news/insolvenzordnung-fuer-alle-krankenkassen-beschloss/>

5. Ausbildung - mehr Lehrstellen als Auszubildende

Erstmals seit 2001 gibt es zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres mehr offene Stellen als unversorgte Bewerberinnen und Bewerber. Für 14 500 Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, stehen noch 19 500 offene Stellen zur Verfügung. Im vergangenen Jahr klaffte zum gleichen Zeitpunkt noch eine Lücke von 14 300 Plätzen. Laut Bundesagentur für Arbeit unterschrieben bis Ende September 539 560 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag, 1,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Das

zeigt: Der Ausbildungspakt bewährt sich. Wir werden nicht locker lassen, bis jeder Jugendliche und jede Jugendliche, die eine Lehrstelle sucht, auch eine findet.

Infos unter

http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,45218,00.html

http://www.bmas.de/coremedia/generator/28826/2008_10_13_ausbildungspakt.html

6. Zu Besuch – junge Gewerkschafter/innen bei der Bayerischen Landesgruppe

Die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben vom 10. bis 14. November Besuch von jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus Bayern. Fünf Tage werden sie bei den Abgeordneten verbringen und an einem interessanten Programm der SPD-Bundestagsfraktion teilnehmen: Sie werden die Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen besuchen, an der Fraktionssitzung und einer Plenardebatte teilnehmen und mit Peer Steinbrück, Olaf Scholz und Peter Struck diskutieren.

V.i.S.d.P.:

Larissa Schulz-Trieglaff

Pressereferentin

Bayerische SPD-Landesgruppe

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin